

MEINUNG



Moralisch verheerend

Gregor Mayntz, Brüssel,
zu EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Wenn Ursula von der Leyen als Bedingung für jede Zusammenarbeit im Europäischen Parlament das Einstehen für Europa, den Rechtsstaat und die Ukraine macht, klingt das nach rationaler Verlässlichkeit. Doch von der Leyens Flirt mit Teilen der Rechtspopulisten in der Fraktion der Europäischen Reformer und Konservativen (EKR), den EVP-Chef Manfred Weber schon vor Monaten begonnen hat, ist ein Schritt auf einer gefährlichen Rutschbahn.

Auf die Frage, ob sie eine Zusammenarbeit mit der EKR nach den Wahlen ausschliesse, kam von ihr nur ein „Hängt sehr davon ab, wie die Zusammensetzung des Parlamentes ist, und davon, wer in welcher Fraktion ist.“ Die gewöhnlich komplett kontrolliert auftretende EU-Kommissionschefin hat damit ein bemerkenswertes Signal gesendet: Es gibt mitten im Wahlkampf kein Nein der christlich-konservativen Spitzenkandidatin zur Kooperation mit dem rechten Rand.

EKR-Chefin ist Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni. Mit der versteht sich von der Leyen offenbar hervorragend, wie bei gemeinsamen Auftritten zu beobachten war. Schon wird in Italien darüber spekuliert, dass Melonis Abgeordnete in Brüssel näher an

die christlich-konservative EVP heranrücken könnten. Strategisch mag das für die Mehrheitsfähigkeit der EVP eine interessante Variante sein. Moralisch ist es verheerend. Der Faschistengruß auf offener Straße war im Januar in Rom für Meloni kein Grund zur Besorgnis, und auch den jetzigen Mailänder Massenaufmarsch im Heil-Hitler-Format nahm sie achselzuckend hin. Denn zum Teil sind es ihre Anhänger. Und es sind die Bilder, die Meloni mit ihren Botschaften und mit ihrer Politik gerufen hat und die auch an von der Leyen zu kleben drohen, so lange sie die Perspektive einer Kooperation mit diesem Spektrum nur mit einem „Kommt drauf an“ versieht.

Eigentlich dürften die Parteienfamilien von Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen eine komfortable Mehrheit zustande bringen. Auch für von der Leyen. Doch Verlass war weder auf Grüne noch Liberale, selbst Teile der EVP verweigern ihr die Stimme. Und die Sozialdemokraten steigen aus, wenn die EVP was mit dem rechten Rand macht. So zerschlägt der Flirt mit Rechtsaußen jede Möglichkeit zu einer Kooperation, in der alle gewinnen können, und macht daraus eine Risiko-Strategie, in der alle nur verlieren. Auch von der Leyen.



Keine Selbstaufgabe

Benjamin Lassiwe
zur Mitgliederstatistik der evangelischen Kirche

Ein bisschen peinlich ist das schon: Da ruft die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ein „Jahr der Taufe“ aus, und was passiert? Genau, es finden weniger Taufen statt als im Jahr zuvor. Doch leider ist das keine Satire, sondern ein Zeichen dafür, dass längst nicht alle Kirchengemeinden so agil sind, wie die evangelischen Gemeinden in Bonn und Umgebung, die für den 29. Juni zu einem überregionalen Taufest einladen.

Denn natürlich gibt es Tausende Gründe für den Mitgliederschwund in der evangelischen Kirche. Da ist die demografische Überalterung der Gemeinden: Schon seit Jahrzehnten sterben jedes Jahr mehr Kirchenmitglieder, als getauft werden. Da ist das Entsetzen über den Missbrauchsskandal, das die Menschen aus der Kirche treibt. Da ist die Kirchensteuer, die gerade in finanziell schlechten Zeiten die Menschen dazu bringt, über ihre Mitgliedschaft nachzudenken. Aber

da ist eben auch das „Weitermachen, so wie immer“. Die Selbstgenügsamkeit und Selbstbezogenheit von Gemeinden, die sie daran hindert, zum Beispiel auf neu hinzugezogene zuzugehen oder mit einem Infostand auf einem Wochenmarkt auf ihre Angebote aufmerksam zu machen.

Denn auch für die Kirche gilt: Wer nicht für sich wirbt und nicht aktiv über seine Angebote spricht, darf sich nicht wundern, wenn er am Sonntag allein in den Kirchenbänken sitzt. Hier braucht es dringend einen Mentalitätswandel: Denn gerade weil die Kirchensteuereinnahmen im vergangenen Jahr zum ersten Mal rückläufig waren, kann sich die Kirche jegliche Form der Selbstzufriedenheit nicht mehr leisten. Und weil Kirchenmitglieder überdurchschnittlich oft gesellschaftlich engagiert sind, kann sich auch die Gesellschaft als Ganzes keine Kirche leisten, die sich schon selbst aufgegeben hat.



Vogelstrauß-Politik

Antje Hönig
zur Rente mit 67

Es ist schon erstaunlich, wie hartnäckig der Kanzler die Probleme der Rentenfinanzen ignoriert. In seiner jüngsten Videobotschaft lehnt er eine Anhebung des Renteneintrittsalters ab. Es sei „eine Frage des Anstands“, denen, die schon lange gearbeitet hätten, nicht den verdienten Ruhestand streitig zu machen.

Politisch ist das Ganze durchschaubar: Olaf Scholz wendet sich gegen seinen Koalitionspartner FDP, und er will die Rentner für die SPD einnehmen. Das ist ein Denkfehler: Wer bereits im Ruhestand ist, wäre von einer langfristigen Renten-Reform gar nicht betroffen. Scholz nimmt falsche Rücksichten.

Ökonomisch ist diese Vogelstrauß-Politik ohnehin ein Fehler. Auch Regierungsberater rechnen der Ampel vor, dass so die Sozialbeiträge explodieren. Ohnehin haben die Beiträge die Latte von 40 Prozent längst durchbrochen – zum Nachteil der Betriebe und Arbeit-

nehmer. Die Rentenkasse steht vor großen Problemen, wenn die Babyboomer im Ruhestand sind. Es gibt drei Wege, das Problem zu lösen: Das Rentenniveau sinkt, die Menschen arbeiten mehr. Oder die Einnahmen müssen rauf – zulasten unserer Kinder. Ist das anständig? Ohnehin geht es hier nicht um Moral, sondern um Mathematik.

Unverständlich ist auch das Beharren des Kanzlers auf die abschlagfreie Rente mit 63. Erstens war das noch nie eine Maßnahme gegen Altersarmut, sondern wird vor allem von Facharbeitern genutzt. Zweitens gehen von ihr falsche Signale aus: Wir brauchen mehr statt weniger Fachkräfte.

21 Millionen Rentner sind 21 Millionen Wähler. Das ist aber kein Grund, eine Politik zu machen, die diese Gruppe vermeintlich schon, tatsächlich aber gar nicht trifft. Scholz macht Politik zulasten der Kinder. Das schnell zu ändern, ist nicht nur eine Frage des Anstands.



Entgegenkommen

KARIKATUR: BURKHARD MOHR

PRESSESTIMMEN

Zur Milliardenhilfe der Europäischen Union für den Libanon schreibt die

Frankfurter Allgemeine Zeitung

■ Es kann einem Bauchschmerzen bereiten, wenn ein so dysfunktionales und von Korruption durchzogenes Land wie Libanon eine Milliarde Euro von der EU erhält. (...) Wenn es darum geht, irreguläre Migration schon in den Herkunfts- und Transitländern abzuwehren, wie es sich die EU vorgenommen hat, dann hat man es eben nicht mit Musterstaaten zu tun. Libanon ist allerdings ein besonders schwieriger Fall. (...) Man wird da einen langen Atem brauchen und genau hinschauen müssen, wo das Geld aus Brüssel landet. Dass es auch den Sicherheitskräften zugutekommen soll, vor allem für den Grenzschutz, ist ein richtiger Gedanke, Stichwort Schleuser, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die wahre militärische Kraft in Libanon die Hizbullah ist. Die hört auf Teheran, nicht auf Brüssel.

ALTKANZLERIN Zum Parteitag in der nächsten Woche kommt Angela Merkel nicht. Die einen in der CDU finden das gut. Die anderen wiederum ärgert es, dass sie sich so rar macht, wenn es um ihre Partei geht

Merkel hält Abstand zur CDU

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN. Manchmal, mit etwas Glück, sieht man Angela Merkel frühmorgens in der Wilhelmstraße in Berlin-Mitte. Dann sitzt sie auf der Rückbank ihrer gepanzerten Limousine, dahinter ein Fahrzeug mit Sicherheitsbeamten. Merkel ist auf dem Weg in ihr Büro, denn sie arbeitet weiter an ihren Memoiren, die fast fertig sein sollen. Im Herbst, passend zur Frankfurter Buchmesse, ist die Veröffentlichung geplant. Pikant: Kurz davor will die Union ihren Kanzlerkandidaten bestimmen.

Merkel hat in diesen Tagen zwar wenig Zeit, aber wohl auch keine Lust auf Termine, wenn es um die CDU geht. Zum in der nächsten Woche beginnenden Parteitag kommt die frühere Kanzlerin und Vorsitzende nicht, obwohl der um die Ecke in einem Kongresshotel in Berlin-Neukölln stattfindet. Manch einer in der Parteispitze ist ganz froh darüber. Denn Merks Anwesenheit könnte einem anderen die Show stehlen: Dem amtierenden CDU-Chef Friedrich Merz, der sich auf dem dreitägigen Konvent zur Wiederwahl stellt.

Beide sind in herzlicher Abneigung miteinander verbunden, man schreibt sich zu Weihnachten und zu Geburtstagen, wie Merz mal verriet. Im Juli wird die Altkanzlerin 70 Jahre alt, noch ist offen, ob es bei einer Glückwunschkarte bleibt oder die CDU diesen Ehrentag irgendwie begehen wird. Man sei in Gesprächen, heißt es aus der Parteiführung. Freundlich ist der Umgang, wenn sich Merz und Merkel begegnen. Einen regelmäßigen Meinungsaustausch gibt es nicht. Das politische Zerwürfnis, weil die Frau aus der

Uckermark den Sauerländer vor über 20 Jahren von der politischen Bühne kicke, ist nicht zu kitten.

Hinzu kommt, dass die Union auf ihrem Parteitag das neue Grundgesetzprogramm debattieren und beschließen wird. Auch da könnte die Anwesenheit der Altkanzlerin eher störend wirken, wird betont. Sehen Beobachter in dem Papier doch durchaus eine Abkehr vom Kurs Merks, etwa in der Migrationspolitik. Merz will die neue CDU feiern. Er nimmt für sich in Anspruch, die Partei inhaltlich konsolidiert zu haben. Merkel aber steht in Teilen für das Alte, für eine Politik, die mittlerweile auch in der Union kontrovers diskutiert wird. Stichwort Verhältnis zu Russland, Stichwort Reformstau.

Gleichwohl: In der Merkel-Frage geht ein Riss durch die CDU. Denn auf der anderen Seite gibt es Stimmen, die ihr Verhalten nicht gutheißen; die sich mehr Präsenz wünschen würden. Schließlich sind ihre Verdienste unbestritten. Zwar hatte Merkel angekündigt, anders als ihr CDU-Vorgänger Helmut Kohl nicht mehr mitmischen zu wollen. Der Pfälzer saß nach seiner Abwahl noch in den Gremien und grätschte von der Seitenlinie rein. Aber dass der Bruch so hart ausfallen würde, war für viele überraschend.

Einige in der CDU sind daher verärgert, dass Merkel den Parteitag ignoriert, aber kurz danach eine Rede zur offiziellen Verabschiedung des Grünen-Urgesteins Jürgen Trittin

halten wird. Auch Trittin hat sich aus der aktiven Politik zurückgezogen. Zwischen ihm und der Union waren die politischen Gräben jedoch immer besonders tief, gleichwohl war er wie Merkel einst Umweltminister. Überdies hat manch einen irritiert, dass Merkel bei der Beerdigung ihres langjährigen Wegbegleiters Wolfgang Schäuble Anfang Januar fehlte. Ebenso ihr Rückzug aus der Konrad-Adenauer-Stiftung sorgte für Stirnrunzeln – allerdings wird Merkel Ende Mai dort eine Laudatio auf den Schauspieler Ulrich Matthes halten, den die Stiftung für dessen Verdienste um die deutschsprachige Kultur ehrt. Merkel und Matthes sind eng befreundet.

In der CDU heißt es, viele würden sich freuen, wenn die Ex-Kanzlerin einen anderen Umgang mit ihrer Partei pflegen würde. Dass dies nach dem Verlust von Amt und Würden möglich ist, zeigt Annegret Kramp-Karrenbauer. Die Saarländerin war von Merkel einst nach Berlin geholt worden, setzte sich Ende 2018 im Kampf um den Parteivorsitz gegen Merz durch, trat dann aber zurück, weil die Thüringer CDU im Jahr 2020 mit der AfD bei der Wahl des Ministerpräsidenten gemeinsame Sache gemacht hatte.

Kramp-Karrenbauer sagte unserer Redaktion: „Ich fahre als Delegierte der CDU-Saar zum Parteitag. Ich bin sicher, dass er mit Wahlen und dem neuen Grundgesetzprogramm ein starkes Signal senden wird.“ Und: „Ich freue mich, dass der Weg zum Grundgesetzprogramm, den ich als Generalsekretärin mit der Zuhörtour begonnen und als Parteivorsitzende weiter vorangetrieben habe, jetzt zum Abschluss kommt.“



Angela Merkel (v. l.), Christian Wulff und Joachim Gauck nehmen am Trauerstaatsakt für Wolfgang Schäuble teil. Zur Beerdigung kam Merkel nicht. FOTO: DPA

Worum es beim Parteitag geht

KONVENT Wiederwahl von CDU-Chef Friedrich Merz steht an. Es könnte auch einige Kontroversen geben

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN. 1001 Delegierte, anders als sonst fast alle in einem Hotel untergebracht: Der am Montag beginnende CDU-Parteitag in einem riesigen Berliner Kongresszentrum – 1100 Zimmer und Suiten, 30.000 Quadratmeter Veranstaltungsfläche – soll auch zu einem Mega-Event der „Unionsfamilie“ werden, wie es heißt. Inklusive Party, auf der sogar Berlins Kultursenator Joe Chialo als DJ auftreten wird. Darum geht es bei dem dreitägigen Parteitag.

Signal: Nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2021 will die CDU ihre programmatische und personelle Neuaufstellung besiegeln. Generalsekretär Carsten Linnemann sagte

kürzlich unserer Redaktion, er erhoffe sich ein Signal „der Geschlossenheit und klare Inhalte, mit denen uns die Menschen wieder verbinden“.

Grundsatzprogramm: Erstmals seit 2007 will die CDU am zweiten Tag des Parteitages ein neues Grundgesetzprogramm beschließen. Über 2100 Änderungsanträge erreichten im Vorfeld des Treffens die Antragskommission. Das rund 70 Seiten umfassende Programm ist eine klare Abgrenzung zu den Ampel-Parteien, etwa in der Steuer- und Finanzpolitik, bei der Rente oder in gesellschaftlichen und energiepolitischen Fragen. Die Union wird zudem wieder deutlich konservativer. Auch kehrt der Begriff der Leitkultur zurück in die Programmatik sowie eine klare

Haltung zum Islam: „Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland“, heißt es im Papier.

Kontroversen: Da wäre die Atomkraft. Im Grundgesetzprogramm bekennt sich die Union zu dieser Energieform, freilich nicht zur Kernenergie der alten Machart. Es gibt Anträge, die aber einen kompletten Verzicht fordern. Dann könnte es eine Debatte über die Rückkehr der Wehrpflicht geben. Und auch eine Aufweichung der Schuldenbremse wird womöglich Thema werden.

Wiederwahl: Der erste Tag des Parteitages steht ganz im Zeichen der Wiederwahl von Friedrich Merz. Vor zwei Jahren wurde der 68-Jähri-

ge bei einem digitalen Parteitag gewählt mit 94,62 Prozent. Es war sein dritter Anlauf auf den Parteivorsitz. Intern wird auf ein Ergebnis über 90 Prozent gehofft. Die Kandidaturen für die Vizechefs, für Präsidium und Bundesvorstand wurden im Vorfeld „geglättet“. Gerangel dürfte es bei den Beisitzern geben. Dass Generalsekretär Carsten Linnemann im Amt bestätigt werden wird, steht außer Frage.

Europa: Die Europawahl wird am dritten Tag des Konvents das bestimmende Thema sein. Erwartet wird ein Auftritt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, mit der die Union bei der Wahl am 9. Juni als Spitzenkandidatin ins Rennen geht.